

Herbert Schweizer

Keine halbherzige sozial-ökologische Reform!

EIN PLÄDOYER FÜR EINE ERNEUERUNG DER EUROPÄISCHEN SOZIALDEMOKRATIE.

Positionspapier für die Jahrestagung des AK Christinnen und Christen in der SPD März 2015 Berlin

In memoriam Reinhard Höppner, Dietrich Bonhoeffer, Karl Rahner, Walter Dirks

INHALT

| | |
|--|----|
| Ein Plädoyer für eine Erneuerung der europäischen Sozialdemokratie..... | 1 |
| War die europäische Sozialdemokratie eine historische Episode? | 3 |
| Erneuerung durch Werte? | 3 |
| Das Erbe der Französischen Revolution und die Grundwerte | 5 |
| Wie begründen Christen ihr politisches Engagement in der Sozialdemokratie? | 6 |
| Die heutige gemeinsame Orientierungsplattform aller Sozialdemokraten | 7 |
| Voraussetzungen für eine neu interpretierte soziale Frage und eine Politik der Suffizienz | 9 |
| Parteierneuerung durch mutigen Richtungswechsel | 10 |
| Strukturreformen dürfen nicht nur Ergänzungen sein, sie müssen an die Wurzeln gehen. | 12 |
| Die soziale Demokratie „erweiterter Solidarität“ einer zukunftsfähigen Sozialdemokratie | 13 |
| Desolidarisierung stoppen! Mut machen! | 15 |
| Raus aus der Wachstumsfalle! „Menschenwürde“ ist keine Leerformel, Gabe und Aufgabe. | 16 |
| Die soziale Demokratie ist mehr als eine restaurierte, universalisierte „soziale Marktwirtschaft“! | 17 |
| Eine rein pragmatische Politik erzeugt niemals Hoffnung und innere Identifikation | 17 |
| Voraussetzungen des“ Funktionierens“ demokratischer Institutionen: sinnvoll leben können | 18 |

WAR DIE EUROPÄISCHE SOZIALDEMOKRATIE EINE HISTORISCHE EPISODE?

Was geschieht mit einer Partei, die eine Geschichte hat, auf die sie stolz sein kann, und eine Gegenwart vorweist, die seit langem in Umfragen wenig strahlt, die den Eindruck erweckt, Fehler nur scheinbar einzugestehen und wenig souverän zu korrigieren? Den Fehler der Kriegskredite von 1914 mögen nur noch historisch Interessierte kennen. Die einseitige Hartz IV-Reform lässt aber noch heute viele vor Wut schäumen, die einmal zur Wähler-Klientel der SPD gehört haben. Sie brachte Manchen manche Vorteile, viel mehr Menschen jedoch, besonders Langzeitarbeitslosen, eine Verschlechterung der Existenzbedingungen. Inzwischen wurden einige Härten und Fehler beseitigt, nachdem es in den letzten Jahren die SPD deswegen innerlich fast zerrissen hatte. Doch ein verspieltes Vertrauen und Profil ist nur langfristig, wenn überhaupt zurückzugewinnen. Und noch fehlt es an profilschärfenden Initiativen, Signalen und Bausteinen eines eindeutigen Aufbruchs und an der nachgewiesenen Fähigkeit zu demokratischer Erneuerung. Haben heute Grundorientierung und –anliegen („Paradigma“), aktuelle Programmdiskussion (oder deren Stagnation) und pragmatische Tagespolitik der sozialdemokratischen und demokratisch-sozialistischen Parteien noch irgendetwas miteinander zu tun? Wo zeichnet sich da ein durchgängiger Identitätsleitfaden zwischen den Fragen ab: Woher kommen wir? Wo stehen wir? Wohin wollen wir?

Hier hilft der Verweis auf die großartige Geschichte der Partei, ihre bedeutenden Leistungen und verstorbene, in der Öffentlichkeit weithin vergessene charismatische Persönlichkeiten in allen sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien, etwa August Bebel, Friedrich Ebert, Jean Jaurès, Léon Blum, Willy Brandt, Bruno Kreisky, Olof Palme, (auch: Itzak Rabin) wenig. Und ganz offensichtlich beseitigen auch die vielen Versuche, den Menschen wieder näher zu kommen, bisher nicht den Stillstand öffentlicher Resonanz. Selbst fleißige und erfolgreiche Tagespolitik der Sozialdemokraten findet seit Jahren kaum größere und nachhaltigere Beachtung in der Gesellschaft. Was führt dann aber weiter? Wo sind Lichtblicke, die der Sozialdemokratie nachhaltig wieder Auftrieb geben könnten? Was kann neuen Mut machen?

Natürlich gilt es hier vielerlei Aspekte zu berücksichtigen, auf die hier nicht eingegangen werden kann. Sicher finden auch unterschiedliche Politikstile zu unterschiedlichen Zeiten bei den Menschen Gefallen. Zu überzeugender Politik gehören, so lässt sich immer noch vermuten, aber sowohl pragmatische Kompetenz wie ein visionäres, personengebundenes und programmzentriertes politisches Charisma. Nur beides zusammen verbürgt vermutlich einem spezifisch sozialdemokratischen Konzept des Primats der Politik nachhaltige Identität und Wirkung. Erhofft wird wohl -mindestens im Geheimen- von vielen eine weitsichtige, weitherzige, weltoffene und zugleich global verantwortungsbewusste, mit Leidenschaft vertretene Politik sozialer Gerechtigkeit. Sehr wahrscheinlich könnte allein sie Politikverdrossene, Indifferente, Suchende neu überzeugen, faszinieren oder sogar mitreißen. Nicht wenige aber haben jegliche Hoffnung auf eine Politik „mit Geist“ und langem Atem bereits verloren, wie das u.a. die ständig zunehmende Wahlenthaltung belegt. Es ist jedenfalls nicht erkennbar, wie allein durch pragmatische „Normalisierung“ ohne Schwung der Nährboden für eine populistisch nutzbare „Stimmungsdemokratie“, wachsende Politik- vielleicht sogar Demokratieverdrossenheit und Lähmung dauerhaft beseitigt werden könnte.

ERNEUERUNG DURCH WERTE?

Oft wird hier die Rückbesinnung auf die Werte gefordert, für die die Partei steht. Von Werten wird freilich oft um so lauter gesprochen, wenn man sie kaum oder nur blass im Handeln durchscheinen sieht. Formal werden sie, wenn sie nicht schlicht individualistisch-utilitaristisch mit Präferenzen gleichgesetzt werden, als Relevanzkriterien der vielfältigen Sinnbezüge (oder Sinnmangels) und Verweisungszusammenhänge individueller Biographie und kollektiver (politischer) Kultur verstanden: Was ist uns „heilig“, unverzichtbar, vorrangig, wichtig, was gehört irgendwie zu uns, was ist verzichtbar? Was kommt zuerst, was dann, was kann aufgeschoben werden? Nicht selten wird suggeriert, dass schon ethische Prinzipien und Wissensresultate („Aufklärung“) per se stimulieren und praktische Wirksamkeit entfalten.

In Wahrheit mobilisieren sie allerdings nie selbsttätig lebenspraktische Hingabe und Zustimmung, motivieren nie automatisch unsere Bereitschaft zu praktischer Umsetzung. Es bleibt stets die Frage, warum gerade jetzt und so und um welchen „Preis“ „wertbewusst“ gehandelt werden soll. Ja, selbst Menschen, die fortwährend Werte beschwören, erkennen oft nicht einmal in praktischen Handlungssituationen, dass sie hier und heute konkret gefordert wären. Man ist ja nicht einfach immer hellwach, sensibel und schwankungsfrei im Sehen, Empfinden, Urteilen und Handeln „wertbewusst“, selbst wenn man auf Werte hin in Familie und Schule, Religions-oder Ethikunterricht etc. erzogen und gebildet worden ist. Werte sichern nicht einmal immer formelle Korrektheit. Ohne faszinierende Vorbilder, „Anreize“ zu sperrigen Vergleichen, „Anfragen“, einer Art „Ruck“ oder die Erfahrung „empörender“ Zustände, die nach Gerechtigkeit und „starken Wertungen“ schreien, gelingt den meisten Menschen konkretes wertorientiertes Handeln nicht ohne Weiteres. Immer finden sich ja auch Möglichkeiten, Gründe, Ablenkungen und Ausreden, sodass dass sich Subjekte spielend einer verbindlichen moralischen Selbstbindung und Selbstverpflichtung auch entziehen können. Ein moralisches Bewusstsein allein, selbst ein „rigoroses“, garantiert also keineswegs, dass Handlungssubjekte situativ- kontextspezifische Herausforderungen hellwach aufgreifen und sich ihnen gar regelmäßig, z.B. im Sinne des „kategorischen Imperativs“ I.Kants, verbindlich und transsituativ stellen. Moral und Ethik setzen eine lebendige Wertsensibilität voraus und machen in politischen Auseinandersetzungen nur dann einen Sinn, wenn Menschen konkret spüren, dass mit wertbestimmtem Handeln ihr Leben eher gelingen könnte und ihre Leben „evident“ sinnvoller, überzeugender und offener würde.

Wirksame Werte gründen also nicht zuletzt auch in aktueller Werterfahrbarkeit, Sensibilisierungen und beflügelnden Träumen und Visionen, in „konkreten Utopien“ (nicht: in „Fluchtutopien“ und Illusionen) weil der Mensch nicht „vom Brot“ allein leben kann. Der totalitäre Missbrauch lässt manchen die Einsicht vergessen oder verleugnen, dass auch in der Politik Sinnperspektiven notwendig sind, weil vernünftige Menschen über Einzelfragen, Einzelthemen, Einzelpositionen, Einzelsituationen eine Art kognitiv-emotionalen Leitfaden und einen transsituativen Sinnhorizont verlangen. Es fällt vielen heute allerdings erkennbar schwer, über den Tellerrand, die Alltagsnormalität oder den tagespolitischen Betrieb, hinaus zu blicken, moralische „Provokationen“ in konkreten Handlungssituationen auszuhalten. Erschreckend ist in der Tat die „Globalisierung der Gleichgültigkeit“ (Papst Franziskus) und die weit verbreitete orientierungslose Perspektivlosigkeit. Und traditionell überlagern ja auch regelmäßig Interessen „Wertegemeinschaften“ mit ihrem vorgeblichen „Wertkonsens“.

Offenbar misstraut eine große Zahl von Mitbürger den Parteien. Sie haben den Eindruck gewonnen, dass die traditionellen Parteien, die SPD nicht ausgenommen, verbraucht sind, und die „faulen Kompromisse“ der Tagespolitik sowie machtvolle Interessenkonstellationen den Weitblick und das Herz der Sozialdemokratie, das links schlagen sollte, lähmen. Nicht wenigen scheint die europäische Parteifamilie der Sozialdemokraten und Sozialisten eine traditionalistische Parteiformation der nur noch reagierenden Unentschlossenen zu sein- mit starken, auf die Industriegesellschaft fixierten regressiven und/oder opportunistischen Tendenzen. Hat sie noch eine Zukunft?

Von größter Bedeutung ist nun aber seit einiger Zeit ein schleichender, vielfach unbeachteter Wertewandel und eine Verschiebung der grundlegenden politischen Handlungs- und Programmperspektiven des „politischen Projekts der Moderne“ (Habermas) - fast eine völlige, revolutionäre Umkehr in den politischen Orientierungen und Wertakzentuierungen: Konservative werden immer wachstumsgläubiger, distanzloser gegenüber der Moderne, nähern sich bedenkenlos den Neoliberalen an und bekennen sich zur „marktkonformen Demokratie“ (A. Merkel), Progressive wurden immer modernisierungs- und wachstumskritischer, „wertkonservativer“ in ihrer Treue zur modernen Aufklärungstradition und im Widerstand gegenüber dem marktliberalen Verschleiß der ursprünglichen wertkonstituierenden modernen Leitideen. Hier zeigt sich mithin eine bislang völlig ungeläufige politischen Weichenstellung. „Modern“ und auf der Höhe der Zeit kann dann nur eine Sozialdemokratie sein, welche die „soziale Frage“ zeitgenössisch und konsequent vorantreibt und öffentlich thematisiert. Es erstaunt daher dann doch sehr, dass die europäischen Sozialdemokratie in ihrer Programmdiskussion und

diskursiven Selbstverständigung dies bisher kaum zur Kenntnis nimmt und auch Hinweise darauf, wie sie etwa aus den Reihen der heutigen „Kritischen Theorie“ (Habermas, Honneth, Rosa, Dörre, Lessenich) gegeben werden, nicht aufgreift. Müsste sie nicht gerade an dieser „Orientierungsrevolution“ bei ihrem Versuch anknüpfen, die Partei und die Gesellschaft sozial-ökologisch zu erneuern? Könnte dies nicht als die Zukunftschance einer konsequenten sozialdemokratischen Option für eine soziale Demokratie in Europa begriffen werden, die der Partei neue Leuchtkraft verleihen könnte- zwischen romantischem Revolutionsüberschwang und einer verzagt - halbherzigen „Reformwilligkeit“? Auf diesem Hintergrund zeichnen sich umrisshaft Alternativen zum industriegesellschaftlichen Wachstumsdogmatismus ab. Sie müssten nur umgehend im Einzelnen genauer durchbuchstabiert werden. Die fast wie magische Praktiken beschworenen „Sachzwänge“, die angeblich „alternativlos“ und absolut zwingend sind, könnten dann jedenfalls in Alternativen aufgelöst werden.

Unsere Lebenswelt ist allerdings nicht mehr die einer selbstverständlich kulturell und sozial homogenen, säuberlich funktional differenzierten Nationalgesellschaft. Es wäre darum reine Selbsttäuschung, von früheren Zuständen und Zielbestimmungen auszugehen und einfach in die Zukunft zu projizieren. Die EU und ihre globalen Verflechtungen finden heute wenig Begeisterung. Wenn man allerdings genau hinschaut, können die einzelnen Nationalstaaten für die Zukunft noch weniger Hoffnung erwecken. Noch beherrscht im Moment meist nicht der politische Diskurs über die Zukunft der Demokratie, sondern fast überall -zustimmend oder ablehnend- die neoliberale Wirtschaftsdoktrin die politische Diskussion. Die neokeynesianische Kritik daran und die daraus abgeleiteten Investitionsoptionen haben sicher (für eine kurze Übergangszeit) hohe Bedeutung. Neoliberale wie neokeynesianische Wirtschaftskonzepte greifen aber langfristig beide zu kurz. Sie sind insofern kurzfristig, da sie ihre realwirtschaftlichen Chancen überschätzen, die langfristigen Risiken der konventionellen Wachstumswirtschaft - fast „betriebsblind“- jedoch gewaltig unterschätzen. Die Sozialdemokratie wäre schlecht beraten, wenn sie ihre durchaus an historische Zeitfenster gebundene Erneuerung weiterhin nur mit traditionellen Paradigmen, mit Einzelproblemen oder mit kurzfristigen Wahlerfolgen zu erreichen suchte. Gegenwärtig wollen ihr Manche einreden, sie müsse ausschließlich bei der Wahltaktik und beim „Wackelpudding Mitte“ (Willy Brandt) ihr Glück versuchen. Aber um voll zu überzeugen, käme es doch schließlich wohl darauf an, durch politische Führung und Meinungsführerschaft aus einer für Populismus anfälligen und wankelmütigen Manövriermasse „Mitte“ eine vernunftbestimmte, zukunftsfähige und solidarische „linke Mitte“ zu schaffen.

DAS ERBE DER FRANZÖSISCHEN REVOLUTION UND DIE GRUNDWERTE

Sozialdemokraten stehen in der modernen Tradition der Aufklärung und der Französischen Revolution. Aus „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ leiten sich die heutigen demokratischen Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität ab, die Sozialdemokraten komplementär und sich wechselseitig bedingend verstehen. Reißen abstrakte Grundwerte aber Indifferente oder unsicher Gewordene mit, reizen sie zur anstehenden und notwendigen modernisierungskritischen Revitalisierung der Partei? Wie können Wertsensibilisierungen und Sinn stiftende Resonanzräume für eine sozial-ökologische Erneuerung mobilisiert werden? Ganz am Anfang der demokratisch- sozialistischen Geschichte stand nicht die moralisch-politische Forderung der Vergesellschaftung der Produktionsmittel, sondern in Entgegensetzung zu einem liberalen und vorwiegend negativen Verständnis der Freiheit die sozial sensible moralische Maxime „wechselseitiger Förderung“ (H.J. Vogel). Könnte die Sozialdemokratie gerade daran im Zeitalter der Globalisierung nicht wieder anknüpfen? „Wechselseitige Förderung „: im Sinne möglichst weitgehender solidarischer, subsidiärer, genossenschaftlicher, wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und kultureller Kooperation und direkter Demokratie, die den Grad systemischer Abhängigkeiten von global vernetzten Großkonzernen und Finanzmärkten stark reduzieren könnten? Könnte in diesem Geiste nicht auch ein „Wohlstand ohne Wachstum“ (Tim Jackson) und eine europäische soziale und wirtschaftliche Demokratie am ehesten gedeihen, auch wenn er für etliche als „Abschied vom Überfluss“ (N. Paech) empfunden würde? Freilich ginge es dann nicht nur um einen beliebigen

„Wertewandel“ oder ergänzende Reformen, sondern um eine grundlegende Selbstverständigung und eine Richtungsentscheidung, wie wir im Globalisierungsprozess unter Bedingungen extremer sozialer Ungleichheit und Umweltzerstörung in Zukunft und organisierter Friedlosigkeit sinnvoll leben können. Voraussetzung dafür wäre freilich unbedingt, dass sich die Sozialdemokratie in der Lage zeigt, sich von ihrer bisherigen Fixierung auf Wirtschaftswachstum, auf die bisherige industriegesellschaftliche Arbeitsgesellschaft und auf das arbeitsgesellschaftliche Verständnis von Vollbeschäftigung zu lösen. Diese implizite, mindestens untergründig nachwirkende Fesselung an eine industriegesellschaftliche Deutung der „sozialen Frage“ lähmt die Sozialdemokratie bis heute. Sie blockiert ihre Erneuerung. Die europäische Sozialdemokratie und die demokratisch-sozialistische Parteienfamilie steht vor einer riesigen Herausforderung: sie muss sich der neoliberal-marktradikalen Deregulierungstendenz („Entbürokratisierung“) in der EU und deren Unterstützer in der Industrie, Politik, den Lobbys, den Medien, dem Mainstream der Wirtschaftswissenschaft widersetzen und zugleich einen neuen Aufbruch wagen.

WIE BEGRÜNDEN CHRISTEN IHR POLITISCHES ENGAGEMENT IN DER SOZIALDEMOKRATIE?

Der AK Christinnen und Christen versteht die Aufklärung als heilsame Herausforderung historisch bedingter kirchlicher und biblischer Traditionsbildungen. Sie zwang die Kirchen und die Christen in lange, letztlich konstruktive gesellschaftliche Auseinandersetzungen und trieb sie durch ihre Kritik zur spirituell-ethischen Konzentration und zur Reinigung von schlimmen Strängen ihrer Wirkungsgeschichte. Heute bejahen beide christlichen Kirchen uneingeschränkt die Demokratie, den Sozialstaat und die Menschenrechte und erkennen, dass beide schon keimhaft in Jesu Botschaft und Leben mitgegeben sind. Wir dürfen deshalb heute darauf hinweisen, dass die besten Traditionselemente der modernen Freiheitsgeschichte mit dem christlichen Glauben deckungsgleich sind. Im Geist der Verfassung und der Grundwerte unserer Demokratie stehen hier Juden, Christen, Muslime, Angehörige anderer Religionen und säkular Empfindende zusammen und im interkulturellen Austausch und engagieren sich gemeinsam dafür, dass in einer pluralen und demokratischen Gesellschaft Menschen unterschiedlicher Herkunft, Kultur und Religion gut miteinander auskommen und gleiche soziale Rechte genießen. Christen - ausgenommen solche mit fundamentalistischen Neigungen - haben inzwischen auch meist eingesehen, dass sich Nächsten-, Fernsten- und Feindesliebe in einer modernen, komplexen Gesellschaft notwendigerweise in strukturell verankerten sozialen Rechten niederschlagen müssen und Solidarität auch ein Steuerungsmedium eines demokratischen Sozialstaats ist. Aber auch die Wirkungsgeschichte der europäischen Aufklärung ist nicht makellos, teilweise seit 1791 durch Terror und totalitäre Tendenzen entstellt. Es wäre Geschichtsklitterung und bringt niemand etwas zu leugnen, dass seit ca. zweihundert Jahren gleichzeitig eine riskante Dialektik der Religion und eine gefährliche „Dialektik der Aufklärung“ (Adorno) bestehen. Beide, eine selbstreflexive Aufklärungstradition und ein aufgeklärtes Christentum, können und sollten sich gegenseitig kritisch prüfen und angesichts einer jahrhundertlangen Geschichte des Missverstehens, des Misstrauens und des „Kulturkampfes“ im Dialog voneinander lernen. Und dabei gilt es mehr denn je, fair zu differenzieren und auch auf wesentliche Wandlungen (auf beiden Seiten) zu achten, z.B. auf das Zweite Vatikanische Konzil. Ein Dialog wird nur fruchtbar, wenn sich alle Dialogpartner auch um ein möglichst zeitnahes und genaues Wissen der tatsächlichen Verhältnisse mühen und den Dialogpartner nicht in Stereotypen einmauern. Das widerspräche durchaus dem Geist der Moderne. Christen in der SPD nehmen für sich demnach einen gleichberechtigten, keinen privilegierten Motivationszugang zur Mitgliedschaft und Mitarbeit in der deutschen Sozialdemokratie bzw. in ihrer demokratisch-sozialistischen Parteienfamilie in Anspruch. Die SPD ist spätestens seit dem Godesberger Programm eine säkulare und zugleich pluralistisch offene demokratische Partei, die ausdrücklich Aufklärung, klassische Philosophie (Ethik), den Geist der Bergpredigt bzw. die biblisch fundierte Sozialethik wie die anderer Religionen sowie säkulare Gesellschaftstheorien als Motivationshintergrund sozialdemokratischen Engagements anerkennt. Christen wählen allerdings bevorzugt den Zugang über die biblische Spiritualität und eine daraus abgeleitete Sozial-, Wirtschafts- und Gesellschaftsethik (Hengsbach). Als inspirierend betrachten wir vor allem den Geist der Bergpredigt Jesu (Mt5ff.; Luk 6,17),

die zu mehr als zu rechtsförmigem und legitimer und normaler Normkorrektheit, nämlich zu „Hunger nach Gerechtigkeit“, gewaltloser Friedensstiftung, bedingungsloser Empathie, kurz: zu sozialer Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung auffordert, einlädt und lockt. Ethisch-moralisches Sehen, Urteilen, Handeln stehen für Christen in engem Zusammenhang mit ihrer religiösen Bindung in der prophetisch-jesuanischen Erfahrungs- und Erzähltradition, zumal sie wissen, dass ihre Motive erneuerungs- und stabilisierungsbedürftig sind und niemals einfach vorausgesetzt werden können. Daher brauchen wir eine auch durch religiöse Praktiken (Gottesdienst, Gebet, Meditation, Rituale etc.) immer wieder freigelegte religiöse Kraftquelle zur Regeneration unserer ethisch-moralischen Motive unseres politischen Engagements und immer wieder neu frei gesetzte „starke Wertungen“ (Ch. Taylor); empathische Sensibilität, Kontextempfindlichkeit, ein Zupacken, ein „Trotzdem“, ein „Dennoch“, ein bestimmtes „Nein“, aber auch ein deutliches „Ja“: Welche unwürdigen Lebensschicksale und strukturell bedingten entwürdigenden Lebensverhältnissen stehen dem geschwisterlichen „Reich Gottes“ entgegen? Vorrang hat dabei nicht die Sicherung gesellschaftlicher Normalität, sondern die „vorrangige Option für die Armen“. Es ist immer neu hellwach zu erkennen, dass Gewinnern Verlierer gegenüberstehen. Und gerade Menschen, die am Rand stehen, müssen in die gesellschaftlich Mitte geholt werden, damit sie wirklich aufatmen und neue Hoffnung schöpfen können. Der christliche Glaube rechnet dabei durchaus mit menschlichem Versagen und Scheitern („Kreuz“). Doch die sogenannte „Realität“ ist für ihn keineswegs der Maßstab der Dinge. „Sachzwänge“ sind ihm letztlich ideologische Verengungen, „halbiertes Realismus“. Es gibt in der „Nachfolge“ Jesu immer auch die Chance der Hoffnung, der „Auferstehung“, der „Umkehr“, der Auswege, der Neuanfänge, der anderen Möglichkeiten. Ihr Vertrauen in immer mögliche, aber unbeliebige Alternativen gewinnen Christen letztlich aus dem Traum und der biblischen Zukunftsvision eines geschwisterlichen „Reiches Gottes“, dem sie nicht aus leichtgläubiger Phantasterei trauen und folgen.

DIE HEUTIGE GEMEINSAME ORIENTIERUNGSPLATTFORM ALLER SOZIALDEMOKRATEN

Heute finden sich vergleichbare ethische Motive und Handlungsdispositionen im gemeinsamen politischen Willen aller Sozialdemokraten wieder, den finanzkapitalistischen „Risikokapitalismus“ und die von ihm entscheidend abhängige „Risikogesellschaft“ zu bändigen und zu kultivieren, damit sich gesellschaftliche Spaltung und Zerstörung nicht lawinenartig ausbreiten, und sich ein Primat der Politik wiederaneignen lässt. Gemeinsam setzen wir uns dafür ein, dass der Globalisierungsprozess umfassend reguliert und kontrolliert wird und die Ökonomisierung praktisch aller Lebensbereiche oder die Prekarisierung und Selbstausbeutung in der Arbeitswelt und die damit durchaus verbundene Schädigung der Ökosysteme konstruktiv und kritisch aufgefangen werden. Wir müssen zusammen mit allen geistigen Kräften der Traditionen Europas zur geschichtlichen Verantwortung stehen, dass der Ursprung des europäischen Entwicklungspfad der Modernisierung und der kapitalistischen, keineswegs automatisch demokratischen Marktwirtschaft, nicht erst in der frühen Neuzeit (Renaissance, Humanismus, Calvinismus, Aufklärung) liegt, schon gar nicht im säkularen „Tod Gottes“ (Nietzsche). Vielmehr ist die in der Neuzeit eskalierende Moderne schon in den die Welt verändernden religiösen Erfahrungen des alten Judentums und des frühen Christentums (inkl. dessen Rezeption der klassischen griechischen Philosophie) und den entsprechenden säkularisierenden „Gegenreaktionen“ verwurzelt. Und es gab in Europa auch schon lange Kontakte und Impulse durch den Islam. Hier blitzt ein europäischer Sinnhorizont und Sinnboden (E. Husserl) auf, deren Ränder allerdings immer nahe an gefährliche Allmachts- und Ohnmachtsphantasien fundamentalistischer Rezeptionsweisen heranreichten. Die Globalisierung bringt bisher Manchen durchaus große Vorteile. Viel zu vielen beschert sie jedoch Nachteile, Armut, Not, Leid, kumulative Unsicherheit und materielle und psycho-soziale Müllhalden. Dies verhindert dort jegliche Lebensqualität. Sogar jüngste Versuche zur Regulierung internationaler Kooperation (z.B. die Verhandlungen um Freihandelsabkommen, TTIP etc.) scheinen immer wieder in strukturelle Schief lagen abzurutschen und kaum demokratiekonform kontrollierbar zu sein. Unsere Gegner stehen schon bereit und lauern, nicht zuletzt mit einer ungeheuren Schar hochbezahlter Lobbyisten, auf ihre Chance, der Gesellschaft einzureden, dass Massenkonsum und Wirtschaftswachstum schon Lebensqualität ausmache. Daher setzen heute alle weitsichtigen Sozialdemokraten mehr oder minder auf eine umfassende Kritik der

Folgen und Nebenfolgen der Modernisierung, ohne die sogar das Erbe der Aufklärung immer problematischer und riskanter wird: Kippt der Fortschritt in einen Rückschritt um? Erschöpft sich ein „neuer Fortschritt“ in der bloßen Neutralisierung eines Rückschritts?

A. Nahles fordert als Sozialdemokratin im 21. Jahrhundert von einer selbstbewusst in die Zukunft schreitenden sozialdemokratische Politik den Mut zu einer „guten Gesellschaft“. Sie ermögliche allen ein „gutes Leben“ mit entsprechenden Freiheitsrechten und Sicherheiten. Wenn wir genau hinsehen, vereint sich hier wohl ein zeitgenössisches Verständnis der klassischen „sozialen Frage“ mit der „ökologischen Frage“, weil Fragen der Lebenschancen und der Erhaltung natürlicher, sozialer, kultureller Lebensgrundlagen längst verflochten sind und sachgemäß nur noch zusammen gelöst werden können. Schlechte Ausstattung mit ökonomischem, sozialem und kulturellem Kapital (Bourdieu) verschlechtern die ökologischen Lebensbedingungen. Zerstörte Natur findet sich besonders bei sozial Schwachen. „Umweltbewusstsein“ erscheint dann als Luxus. Sozial und ökologisch schlechte Bedingungen treten oft auch gleichzeitig auf. Parteierneuerung lässt sich nur in diesem historisch relevanten Problemzusammenhang überzeugend erreichen und muss sich daher synchron mit einer sozial-ökologischen Erneuerung der Gesellschaft, der Europas, der Welt ereignen. Die traditionelle deutsche Konsensformel der „sozialen Marktwirtschaft“ mit ihrer vergleichsweise undifferenzierten und naiven (nationalstaatlichen, ökologiefernen) Unterstellung einer problemlosen Vereinbarkeit von wirtschaftlicher Effizienz und sozialem Ausgleich hat viel von ihrem Glanz verloren und ist nicht einfach auf die Dynamik einer global vernetzten Weltwirtschaft übertragbar. Und man kann der früheren Leitidee der Ordoliberalen auch nicht einfach „Nachhaltigkeit“ und „Umweltschutz“ hinzufügen.

Vielmehr ist ein komplexes Gewirr von Optionen und Risiken entstanden, die unübersichtlich gesellschaftliche Chancen überlagern und oft liquidieren. Objektiv versagen immer öfter Steuerkapazitäten, politische Eliten blicken kaum noch durch, einfache Bürger verstehen die Welt nicht mehr. Die expansive und pausenlose „Markterschließung“ als „alternativloser“ Sach- und Systemzwang, die oft noch ideologisch bestrittene Ökonomisierung aller Lebensbereiche und ein betriebsblinder Konsumismus können eigentlich nur noch von Phantasten geleugnet werden; ebenso wenig die informationstechnologisch (biotechnologisch) gestützte Beschleunigung der wirtschaftlichen Wachstumsspiralen (Rosa), der verheerenden Folgen einer ungelösten, auf Jahrtausende dimensionierten, eigentlich fast unkontrollierbaren Entsorgungs- und Müllbeseitigungsproblematik, der Beschleunigung aller Lebens-, Arbeits-, Produktions- und Konsumvorgänge, des beschleunigten Verfalls von Wissen und Kompetenz, der sich verflechtenden bedrohlichen Krisenkaskaden. Mindestens ebenso gravierend sind multiplizierte Risikofaktoren wie die Häufung typisch werdender subjektiver Prekarisierung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, der Trends zur typischen Selbstausschöpfung („Freiheit“) als „Arbeitskraftunternehmer“ (Voss), der Entgrenzung von Arbeits- und Eigenzeit, der Arbeitsverdichtung, der massenhaft auftretenden Erschöpfung, des Burn-out, der Depression, der desorientierten „inneren Kündigung“, des hilflosen Rückgriffs auf eine strategisch-taktische Mentalrestriktion und situativen Fixierung („Durchwursteln“). All das läuft insgesamt auf ein Scheitern am individualistisch missverstandenen Ideal moralischer Autonomie und selbstbestimmten Lebens und modernen Gerechtigkeitsglaubens hinaus.

Diesen Zwickmühlen einer sich zuspitzenden Modernisierungs- und Wachstumsfalle (J. Strasser) der finanzkapitalistisch dominierten Risikogesellschaft muss sich auch die europäische Sozialdemokratie endlich stellen. Das ist unbezweifelbar ein anspruchsvolles, schwieriges und aufreibendes Unterfangen, dem man allerdings nicht mehr viel länger ausweichen kann. Nur dann, wenn auch wir, eine erneuerungswillige und -fähige Sozialdemokratie, das mit Nachdruck und Konsequenz politisch wollen, können die Menschen, am stärksten die Menschen mit geringen ökonomischen, sozialen und kulturellen Ressourcen, geringer Konflikt- und Organisationsfähigkeit und kaum politischer „Gegenmacht“, wirklich dauerhaft „Belastbarkeit“, Zuversicht in die Zukunft und Eigenverantwortung entwickeln. Es kann kaum noch Zweifel darüber aufkommen, dass sie erst dann uns (neues) Vertrauen entgegenbringen werden. Und ein solcher Aufbruch ist natürlich ein anspruchsvolles politisches Zukunftsprojekt, das mehr als kognitive Argumentation und organisatorische Inszenierung verlangt? Sind wir bereit, das Wagnis

einzugehen, die Menschen neu zu gesellschaftlicher Kooperation und zu einem „Bündnis der Starken und der Schwachen“ (W. Brandt) zu gewinnen? Entgegen dem ersten, oberflächlichen Augenschein lebt Europa unter seinen Möglichkeiten: „dem Land geht es schlecht“ (T. Judt). Deutschland und Europa brauchen neue Hoffnung und die Kraft zu einem neuen Lebensstil und einer neuen Politik, die nicht nur rhetorisch „Brot und Rosen“ bietet.

VORAUSSETZUNGEN FÜR EINE NEU INTERPRETIERTE SOZIALE FRAGE UND EINE POLITIK DER SUFFIZIENZ

Ein neuer Lebensstil bildet sich nicht, nicht automatisch, nicht schnell und umfassend genug allein auf individueller Grundlage. Er bedarf strukturell förderlicher und hemmender Strukturbedingungen: Das Förderungswürdige, das „Gemeinwohl“, muss durch die Politik strukturell erleichtert, das Zerstörerische, das Krisen verschärft, muss erschwert und verhindert werden. Nichts regelt sich unter Marktbedingungen allein durch den Markt. Zwar erleichtert und ermutigt symbolisch individuelle Lebensstilrevision eine neue Politik der Suffizienz und des bescheideneren Wohlstands ohne Wachstum; vor allem, wenn sie sich im Sinne des Schneeballsystems in absehbarer Zeit multipliziert. Eine strukturelle Steuerung und Unterstützung wird damit aber nicht überflüssig. Am besten ist es freilich, wenn sich freiwilliger Lebensstilwandel und politische Strukturvorgaben ergänzen und wechselseitig stimulieren.

Grundlage und fundamentale Voraussetzung dafür ist ein entschiedener Abbau sozialer Ungleichheit und eine sozial-ökologische Transformation der vom Finanzkapitalismus induzierten expansiven, sich ständig beschleunigenden, alle subjektiven Register und Reserven des „Humankapitals“ zu aktivieren suchenden Wirtschaft. Faktum ist: Wachstum (jeglicher Art) hat bislang weltweit mehr soziale Ungleichheit, mehr weltweit verstreute Friedlosigkeiten, mehr Naturzerstörung, mehr Perspektivlosigkeit gebracht und die „Grenzen des Wachstums“ fast unübersehbar oft bereits überschritten. Die dichte Kette kritischer Gefahrenmomente wird immer länger und droht die unbezweifelbaren Errungenschaften des politischen Projekts der Moderne und die menschlichen Lebensgrundlagen auszuhöhlen. Wachstumskritik ist daher nicht naiv, sondern politisch dringend geboten und unausweichlich.

Sozialwissenschaftlichen Forschungsbefunde über weltweit und gerade auch in Deutschland zunehmende soziale Ungleichheit sind eigentlich erdrückend. Trotzdem gibt es immer wieder einige Ökonomen und Wirtschaftsjournalisten, die aus globalen Durchschnittsdaten - ohne faire Berücksichtigung des formal gestiegenen Verteilungsvolumens und der extremen Streuung zwischen armen und reichen Bevölkerungsteilen und den armen und reichen Ländern - fast triumphierend verkünden, die Zahl der Armen sei in den letzten Jahren 30 Jahren weltweit dramatisch gesunken, obwohl die Erdbevölkerung seitdem um fast 60% gestiegen sei. Afrika z.B. ginge es ganz gut. Die tatsächlichen Zustände sind indessen viel widersprüchlicher und noch immer beängstigend, verdienen schlicht keine „Entdramatisierung“. Zwar haben die Unterschiede zwischen manchen Bevölkerungsteilen mancher Länder abgenommen, zwischen anderen sind sie aber auch (wieder) gewachsen. Weltweit hat sich zwischen verschiedenen Ländergruppen und innerhalb jeder Gesellschaft die Kluft zwischen Reichen und Armen, zwischen „Gewinnern“ und „Verlierern“ hinsichtlich Lebenschancen und ökonomischem, sozialem, kulturellen Kapital, in Deutschland etwas verschleiert durch eine Art „Fahrstuhleffekt“ (Beck), immer weiter geöffnet. Einem Prozent der Weltbevölkerung gehören demnach über 50% des Gesamtwohlstands der Welt. Über 800 Millionen Menschen leiden Hunger. 10% der der Bevölkerung Deutschlands besitzen heute ca. 63% des Privatvermögens (über 9 Billionen E), während das unterste Viertel nichts besitzt oder sogar Schulden hat. Der Anteil der Armen stieg in Deutschland in den letzten Jahren um ca. 2 % auf ca.16%.Und das Armutsrisiko steigt weiter. Die Zahl der Reichen nahm unbedeutend zu, ihr Reichtum aber stieg beträchtlich. Die reichsten Haushalte (0,1%) besitzen 15% des Gesamtvermögens (DIW in SZ 11.2.15). Der Anteil der Gutverdiener am Nettoäquivalenzeinkommen hat sich in den letzten Jahren etwas stabilisiert, zuvor aber um 10 % erhöht. (Jahrelang gab es keine Realloohnerhöhungen.) Der Anteil der Haushalte in der untersten Hälfte hat sich um 40% verringert. Die Einkommensspreizung hat sich deutlich verbreitert und

vertieft. In einigen Fällen geht sie über 1:25 deutlich hinaus. Spitzenmanager(z.B. Novartis, VW) erreichen bis zu 1:500 inkl. Boni.

Dieselben Ökonomen, die sich gegen „Alarmismus“ und „martialische Dramatisierung“ z.B. durch Papst Franziskus, attac, Oxfam, OECD, ILO wenden, warnen eindringlich davor, die Reichen z.B. durch steuerliche „Gleichmacherei“ „bestrafen“ zu wollen. Es stelle nämlich eine „Bestrafung“ dar, wenn man die von vielen rhetorisch akzeptierte solidarische „Verantwortung gegenüber dem Gemeinwohl“ beim Wort nehme. Man müsse eben das Ganze sehen und Geduld haben für den mit Sicherheit einmal wirksam werdenden „Sickereffekt“. Man dürfe sich durch die extreme Schieflage der Einkommens- und Vermögensverteilung nicht in einen ideologischen Verteilungsaktionismus hineintreiben lassen. Vorrangig gelte es, die Wachstumsdynamik zu erhalten oder noch anzuregen. Deutschland sei eben eine Exportnation. Dies propagieren heute Legionen von Lobbyisten, die auch sozialdemokratischen Wirtschaftspolitikern ständig in den Ohren liegen. Und ein kleines bisschen Wirtschaftskompetenz will der Eine oder Andere doch durch ein bisschen Nähe zur wirtschaftlichen Elite aller Welt (z.B. in Davos) demonstrieren.

PARTEIERNEUERUNG DURCH MUTIGEN RICHTUNGSWECHSEL

Und doch wäre es an der Zeit und ein bemerkenswertes Zeichen des entschlossenen Willens zur sozialdemokratischen Parteienerneuerung, endlich eine Politik des Teilens und Verteilens mit einer zielgenauen, umsichtigen Politik selektiver und schrittweisen Beruhigung und Schrumpfung des Wirtschaftswachstums zu kombinieren. Mit großer Wahrscheinlichkeit würde diese Wirtschaftspolitik langfristig auch der Wirtschaftsstabilität dienen. Da der vorhandene Reichtum für alle Menschen reichen würde, könnte man nicht nur überall das „Überleben“ (Grundbedürfnisse) sichern. Zumal in den „Industrielländern“ ließe sich gewiss auf Dauer ein bescheidener, aber gleichmäßiger und nicht flüchtiger Wohlstand, reale Lebensqualität ohne Wachstum, in diesem Sinn auch ein „gutes Leben“, garantieren. Mit technisch-wissenschaftlichen Lösungen oder moralischen Appellen allein werden wir allerdings die natürlichen Ökosysteme unseres Blauen Planeten nicht retten und die globalen und national-regionalen Verteilungsprobleme lösen können. Der bislang kaum gebremste Klimawandel und das rapide Schrumpfen der Biodiversität begründen keineswegs unsere bisherige politische Sorglosigkeit. Wenn überhaupt, dann ist der Begriff „Generationengerechtigkeit“ im Bereich ökologischer Grundprobleme angemessen. Wir dürfen nicht künftigen Generationen nur Schrott hinterlassen. Die Inanspruchnahme der Biosphäre („ökologischer Fußabdruck“) muss sozial gerecht gestaltet werden. Wir bräuchten nämlich, würden wir der bisherigen Wachstumslogik weiterhin blind folgen, sonst schon 2050 drei Erden, selbst wenn wir in der Lage wären, die heutige Wirtschaftsdynamik auch nur zu verstetigen.

Vieles spricht so dafür, dass ein „grüner Kapitalismus“ inkl. technisch organisatorischer Entkopplungsstrategien (Energie vs. Produkteffizienz)) und der ebenfalls nur defensiven umweltpolitischen Forderungstrias „Energiesparen, Steigerung der Energieeffizienz, erneuerbare Energien“ allenfalls eine durchaus riskante, oft auch weit überschätzte Übergangs- und Zwischenlösung auf mittlere Sicht sein kann. Letztlich bleibt auch der Traum eines „grünen Kapitalismus“ naiv, weil auch qualitatives Wachstum den Energie- und Rohstoffverbrauch insgesamt nicht wesentlich vermindert. So führt die ökologisch gewollte Energiewende zwar zum Schrumpfen fossiler und atomarer Energieerzeugung. Dafür aber wächst der Verbrauch seltener Erden, Edelmetalle, Stahl, Beton und hochkomplexer energieintensiver Steuerungstechniken. Und das Phänomen der sog. Rebound-Effekte ist nicht länger zu unterschätzen: bisher sind Einsparpotenziale eigentlich nach kurzer Frist durch Bedürfnissteigerung und Wirtschaftswachstum „aufgefressen“ worden. „Grüner Kapitalismus“ zögert also im besten Fall das Hauptproblem hinaus: die Endlichkeit des Menschen und der Ressourcen, die Unerbittlichkeit der physikalischen Gesetze der Thermodynamik (Hauptsätze der Entropie) und die sich immer schneller schließenden Zeitfenster politischer Lösungsversuche auf demokratischer Basis, dem Überhandnehmen „postmoderner“, nicht zuletzt informationstechnologischer Tendenzen zur „Postdemokratie“. Dabei vollzieht sich diese Entwicklung in großer Schnelligkeit und sozialer Ungleichheit zwischen und in den einzelnen Gesellschaften. Die globale Wirtschaftsdynamik scheint sich völlig

verselbständigt zu haben. Wenn wir verantwortliche Politik treiben wollen, können wir den bisherigen Entwicklungspfad nicht nur mit rhetorischen Girlanden „umweltpolitisch“ umranken, die es uns im Grunde gestatten, im Wesentlichen so weiterzumachen wie bisher.

Wenn man heutige politische Reden hört, kann man durchaus manchmal den Eindruck gewinnen, dass wir Sozialdemokraten in Deutschland -z.B. im Berliner Programm- schon einmal weiter waren. Und noch bis zum letzten Wahlkampf wuchs in der Partei die Einsicht in die Notwendigkeit für die Unausweichlichkeit eines Abbaus sozialer Ungleichheit und einer mutigen Energiewende und Umweltpolitik. Nach einem ambitionierten Wahlprogramm hat sich die SPD in der Großen Koalition allerdings und verständlicherweise davon fast still und leise verabschiedet. Da sie aber auch bei anderen Fragen der Wirtschaftspolitik, etwa bei Fragen der Bankenunion, der CDU/CSU in zentralen Fragen das Feld überlassen hat, erstaunt es eigentlich wenig, wenn heute der Parteivorsitzende nichts mehr vom Abbau sozialer Ungleichheit und einer ökologischen Steuerreform, insbesondere nichts mehr über Steuererhöhungen für Reiche, hören möchte. Das Thema wurde einfach aus der Diskussion eliminiert.

Doch sitzt natürlich bei vielen Sozialdemokraten noch immer ein tiefer „Stachel im Fleisch“: die SPD möchte doch die Partei sozialer Gerechtigkeit sein oder wieder werden. Dazu genügen nicht blumige Reden bei Wahlkämpfen. Ein erster Schritt zu mehr sozialer Gerechtigkeit wäre eine steuerliche Begrenzung nach unten und eine Deckelung nach oben, ein ausnahmsloser Mindestlohn und eine armutsfeste Grundsicherung für Kinder und alte Menschen, eine solide Rentenreform (3-Säulenmodell) sowie eine stärkere Förderung von Familien und Korrekturen bei Hartz IV (ALG II). Vermögens-, Erbschaftssteuer sollten ebenso wie eine Transaktionssteuer und ein deutlich höherer Spitzensteuersatz, eine Verhinderung von Steuerflucht, Steuerbetrug und der Abbau von Steuerprivilegien so bald wie möglich zur Finanzierung der für unsere Demokratie unerlässlichen Öffentlichen Güter, also Arbeit, Bildung, Gesundheit, Infrastruktur und Umweltqualität und Naturzugang etc. (wieder-)eingeführt werden. Mittel- und langfristig ist eine -insbesondere für die unteren und mittleren Einkommensgruppen- gerechtere und ökologische Steuerreform unerlässlich. Davon hängt Entscheidendes für die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft ab.

Für größere soziale Gleichheit gibt es neben ethisch-moralischen auch noch andere, politische und sogar ökonomische Argumente: sozialer Frieden, Reduktion regulärer und wilder Streiks, Produktionsausfälle, Sicherung der Motivation von Arbeitskräften, Verbesserung der Kaufkraft auf dem Binnenmarkt, Förderung kooperativen Engagements, gesellschaftliche Kostenersparnis. Für die Sozialdemokratie ist eminent wichtig, dass die Bedingungen der Möglichkeit und Realisierbarkeit der Freiheit aller und das Versprechen eines „guten Lebens“ keine leeren Versprechungen bleiben. Wenig überraschend ist es, dass sich dagegen sofort massive ökonomische, soziale und kulturelle Blockadetendenzen in der Gesellschaft formieren. Es ist allerdings bemerkenswert, dass die Steuerpläne im letzten SPD- Wahlprogramm sowie ähnlich gelagerte Initiativen im europäischen Parlament parteiübergreifend wachsende Zustimmung und Rückenwind sogar von der OECD erhalten hatten. Wo werden solche echten Reformabsichten aber heute noch verfolgt? Nur geringer Widerstand ist auch gegen die einseitige Sparpolitik im EU-Raum zu beobachten. Gibt es denn keine intelligenten Alternativen? Bei aller Loyalität gegenüber der Regierungskoalition könnte man doch wohl in solchen Fragen mindestens in der Öffentlichkeit klar die eigene Parteiposition vertreten! Damit würde man ohne destruktive Kraftmeierei doch die unverwechselbare gesellschafts- und sozialpolitische Kernkompetenz und den umfassend gesellschaftspolitischen Gestaltungsanspruch einer zukunftsfähigen Sozialdemokratie bestätigen, der z.B. durch Bildungspolitik fundiert und flankiert, aber nicht ersetzt werden kann. Aufstiegs- und Lebenschancen können bildungspolitisch nur gefördert und vorbereitet, nicht wirklich aber garantiert werden, wie viele in der SPD glauben. Warum soll denn ein „bildungsferner“ junger Mensch die „Qual“ zusätzlicher Qualifikation auf sich nehmen, wenn er doch weiß, dass er (nach vielen Bewerbungen) doch keine Chance hat, mehr als eine „schlechte Arbeit“ zu bekommen? Ohne mehr soziale Gleichheit sind auch in unserem Land viel zu viele zu sehr mit der Existenzsicherung beschäftigt, dass sie sich gesellschaftlich beteiligen oder wenigstens Vorsorge für ihr eigenes Leben treffen könnten. Nicht grundlos breitet sich daher seit Jahren das Gefühl der Ungerechtigkeit und politischen Ohnmacht aus. In ihrem Wahlprogramm

2013 hatte die SPD auch mehr Solidarität zwischen Wohlhabenden und Bedürftigen zum Abbau der Vermögens- und Einkommensschiefelage angemahnt und auch in der EU unter den Mitgliedsstaaten einen solidarischen Beitrag zur Krisenbewältigung gefordert. Auch da ist es aber gegenwärtig merkwürdig still geworden. Ohne mehr soziale Gleichheit, Gerechtigkeit, Frieden, Umweltschutz ist jedoch auch nicht mit größerer sozialer Akzeptanz für eine notwendige sozial-ökologischen Erneuerung zu rechnen; auch weil bekannt ist, dass eine Klima- und Umweltkrise nicht alle gleich trifft.

STRUKTURREFORMEN DÜRFEN NICHT NUR ERGÄNZUNGEN SEIN, SIE MÜSSEN AN DIE WURZELN GEHEN.

Da die bisherigen „Reformen“ angesichts ungeheurer ökonomischer Machtballungen und globaler Vernetzungen, der „stummen Macht der Verhältnisse“, keine wirklichen Auswege eröffnet haben, sondern sich mit wirtschaftspolitisch gleicher „Medizin“ in immer höherer Dosierung nur soziale und ökologische Krisen verschärft und beschleunigt haben, haben wir allen Grund bei der Erneuerung der Partei künftig auf eine systemtransformierende Politik der objektiven Strukturbedingungen und zugleich der Veränderung intersubjektiver Alltagsmentalitäten und Lebensformen oder Lebensstile entschlossen hinzuarbeiten. Hier muss Vieles zusammenpassen und in Auseinandersetzungen Schritt für Schritt passend gemacht und reformiert werden. Die Notwendigkeit von Kompromissen darf dabei nicht zum Alibi verkommen.

Um den Hintergrund der anstehenden Transformation, des Weges aus der Wachstumsfalle, zu verdeutlichen, kann man methodisch auf das Begriffspaar Wachstumslogik und Wachstumsdynamik zurückgreifen. Die Wachstumslogik stellt das Leitprinzip, die implizite Funktionsnorm oder das Programm, die institutionelle Ordnung und die Erzeugungsregeln moderner kapitalistischer Marktwirtschaft und der ihr korrespondierenden, aber nicht wesensmäßig mit ihr verbundenen parlamentarischen oder repräsentativen Demokratie dar. Die Logik schreibt „zwingend“ ständig Wachstumsspiralen, Konkurrenz, Bedürfnisentwicklung vor. Diese Suggestion hat im Zeitalter der globalisierten Finanzmärkte (nicht zuletzt durch neoliberale Propaganda) gesteigerte Bedeutung gewonnen. Überall dominiert Wettbewerb und Effizienzdenken. Dies ist nicht zuerst Ausdruck von ethisch-moralischer Verantwortungslosigkeit und charakterloser Gier, sondern systemrelevante Voraussetzung des Funktionierens der Wirtschaftsordnung; insbesondere in ihrer heutigen Form und Abhängigkeit von den globalen Finanzmärkten. Die immer gleiche Antwort auf die fast überall abnehmenden Wachstumsraten und die sich häufende Marktsättigung ist: Ausweitung des Wirtschaftskreislaufes, neue Markterschließung, Anreiz für Neuinvestition, Vergrößerung des Kapitaleinsatzes und der Kapitalrendite, Beschleunigung der Produktentwicklung, Aktivierung des Humankapitals. Wachstum verlangt weiteres Wachstum (Ch. Binswanger). Die Wachstumsspirale hat und darf kein Ende haben - bei Strafe des Untergangs von Großkonzernen, Unternehmen, Banken oder ganzer Volkswirtschaften. Ohne Wachstum verarme Europa und falle in eine „Steinzeitwirtschaft“ zurück. Gerade für sozialen Ausgleich und Umweltpolitik bedürfe es zwingend des Wirtschaftswachstums. Wachstum sei im Kern die produktive Verwendung von Wissen und Ideen, ein ständiger Prozess „schöpferischer Zerstörung“ (Schumpeter), ein Prozess des permanenten Lernens, Experimentierens, Scheiterns und Lernens aus dem Scheitern. Dieses „Narrativ“ wird in unserer Gesellschaft auf verschiedensten „Podien“ pausenlos und gebetsmühlenhaft glorifiziert. Warum werden diese Argumente auch von Sozialdemokraten nur selten kritisch geprüft? Warum wird nicht einmal im Ansatz die Gefahr durchgespielt, dass Wachstum zum „Krebswachstum“ werden könnte?

Die Wachstumsdynamik ist jedoch nicht einfach die direkt ableitbare, historisch zwingende Konsequenz der Wirtschaftslogik. Sie bahnt sich ihren Weg auch gegen Widerstände und in Kämpfen, auch über Umwege, Brüche, Krisen und Rückschritte, Widersprüche, schillert oft ambivalent und nimmt schließlich eine dynamisch bestimmte, unverwechselbare historische Gestalt praktizierter Programmimplementation an. Es gibt sogar Unternehmen, die gern auf ein gewisses Wachstum verzichten wollen, solange dies die eigenen marktstrategischen Vorteile nicht in Frage stellt. Zudem treten auch Widerstandsaktivitäten aus der Zivilgesellschaft auf, die unbegrenztes Wachstum bekämpfen. Und sogar Institutionen werden in einen

ungewollten Institutionenwandel hineingezogen. Außerdem gibt es seit einigen Jahren eine durchaus ehrliche Anstrengung der Parlamente, effizientere Umweltpolitik oder Sozialpolitik zu treiben. Aber immer wieder erweisen sich das tatsächlich geringe Gewicht solcher „Gegenbewegungen“ und faktischen Verhältnisse bislang spätestens dann unverhüllt, wenn mangelndes Wirtschaftswachstum und die Sorge um Arbeitsplätze bei Regierung und Wahlbevölkerung reflexartig zur Forderung nach neuem Wachstum führen. Die Möglichkeit von Spielräumen der Wachstumsdynamik wird dann meist schlicht tabuisiert, obwohl sich Entwicklungsvarianten und unterschiedliche Entwicklungspfade in größerer oder geringerer Diskrepanz zur Wachstumslogik und unterschiedliche reale typische Chancen und Gelegenheitsstrukturen wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Gestaltungsalternativen aufzeigen lassen. Die heutige „Risikogesellschaft“, die von der finanzkapitalistischen „Risikowirtschaft“ völlig abhängig ist, wird nie risikofrei sein. Die Zahl der Risiken und die Gefahrenintensität kann aber entscheidend zu - oder abnehmen. Die Expansion von Konkurrenzverhältnissen, die dauernde Vermehrung und Beschleunigung von Optionen, Produktion, Konsum (ohne Lösung der Entsorgungsprobleme), sozialer Kommunikation, und die Umstilisierung des „Arbeitskraftunternehmers“ (Voss) zur sich u.U. selbst ausbeutenden Aktivierungsmaschine (Humankapital) selbst im Fall unverschuldeter Armut und Arbeitslosigkeit führt zu einem immer weniger lösbaren Problem der Selektion und Evolution, der intransparenten Relevanzen und unklaren Prioritäten bei Politikern ebenso wie bei Organisationen und Individuen. Es erscheint wahrlich nicht unwahrscheinlich, dass eine Vermehrung von Konsumgütern, Optionen, Spezialwissen und Informationen irgendwann umschlägt und zu einer qualitativen Niveausenkung, zur Verschlechterung der Lebensqualität und sogar zur Selbstschädigung führt. Doch der Verlauf der tatsächlichen „Wachstumskurve“ hängt auch vom politischen Weitblick und ethisch-politischen Willen der Sozialdemokratie ab: „Ende oder Wende“ (E. Eppler)

DIE SOZIALE DEMOKRATIE „ERWEITERTER SOLIDARITÄT“ EINER ZUKUNFTSFÄHIGEN SOZIALDEMOKRATIE

Was könnte nun den anstehenden politischen Aufbruch einer europäisch geprägten und transformationssensiblen Sozialdemokratie ausmachen? Was kann sie von Neuem attraktiv und faszinierend auch für unpolitisch erscheinende oder enttäuschte Bürger machen? Sie muss zugleich Kontinuität und Neuaufbruch signalisieren. O.v.Nell-Breuning sprach schon vor Jahrzehnten von einer „solidarischen Gesellschaft“ und distanzierte sich damit von einer „sozialen Marktwirtschaft“, die sich, ohne die Verteilungsrelationen gerechter gestalten zu wollen und die Verursacher zu veranlassen, soziale und ökologische Kosten zu übernehmen, nur als „sozial temperierter Kapitalismus“ darstellt. Mit Recht hat auch der neokonservativ-liberalen Leitbegriff einer „marktkonformen Demokratie“ (A.Merkel) in der Sozialdemokratie allgemeine Ablehnung gefunden. Wir wollen statt dessen eine demokratiekonforme Marktwirtschaft in einer sozialen Demokratie.

Ein neoliberaler Marktradikalismus weiß sich weitgehend einig mit einem Neokonservatismus, der Werte und Programme entsprechend der Wachstumsdynamik ohne Zögern und ohne Unterbrechung, dereguliert, flexibilisiert, individualisiert (Vgl.z. B. die Frage der Geschäftszeiten, Sonntagsöffnungen). Nur noch marginal ist der heutige Konservatismus „wertkonservativ“ im klassischen Sinn und schon gar nicht im Sinne eines politischen Projekts der Moderne. In seiner scheinbar harmonischen Verbindung von „verlässlichen“, traditionellen Werten, nationalem Patriotismus, Förderung privaten Unternehmertums und globalisierungswilliger liberaler Wirtschaftspolitik, zerstört er genau das „anständige“ Leben in „Familie“, Nachbarschaft etc. und Region, das er offiziell (natürlich noch immer) bewahren will. Allerdings verschwimmen heute überkommene Politikalternativen insgesamt, neue profilieren sich erst langsam. Die Sozialdemokratie ist in dieser Situation in Europa aber keineswegs zur Verzweiflung verdammt und könnte in dieser Parteienkonstellation sogar zum wahren „wertkonservativen“ und bündnisfähigen Hoffnungsträger und Vorreiter einer Verbindung der sozialen und ökologischen Frage und ihrer konsequenten Beantwortung werden. Das impliziert auch eine neue europäische Friedenspolitik in weltweiter Verantwortung. Ihr historisches Erbe, ihre zeitgenössische Erfahrung und ihre internationalen Beziehungen qualifizieren sie an sich dazu.

Eine sozialdemokratische soziale Demokratie wäre eine demokratische „Tätigkeitsgesellschaft“ beruhend auf einer „Postwachstumswirtschaft“, die zwar einen bescheideneren Wohlstand (Suffizienz), aber keinesfalls Armut und allgemeinen Mangel mit sich bringen müsste, ja sogar für große Teile der Bevölkerung erst die reale Möglichkeit, Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit gesellschaftlicher Beteiligung böte. Damit würden auch neue Kooperations- und Bündnisgelegenheiten eröffnet. „Eigenverantwortung“ verlöre ihren abstrakt-ideologischen und paternalistisch-autoritären Schimmer, den ihr Neokonservative und Neoliberale verleihen. In einer „Postwachstumsgesellschaft“ oder „Tätigkeitsgesellschaft“ hängt sozialer Sinn, gesellschaftliche Anerkennung und der Sozialstatus eines Gesellschaftsmitglieds nicht mehr exklusiv vom Arbeitsmarkt ab, ohne dass deswegen Erwerbstätigkeit unattraktiv werden müsste. Doch gegenwärtig wird die Erwerbsarbeit gewaltig überschätzt und die anderen Formen lebensnotwendiger Arbeit kaum gesellschaftlich gewürdigt. Es käme aber darauf an, alle Arbeitsformen für das menschliche und gesellschaftliche Leben als gleichwertig anzuerkennen. Die Politik könnte Rahmenbedingungen vorzeichnen, innerhalb derer flexibel und lebensgeschichtlich differenziert Chancen zur Kombination, zur besseren Arbeitsteilung, Zeitgestaltung und zur partnerschaftlichen Gestaltung des Geschlechter- und Generationenverhältnisses nutzbar gemacht werden könnten. Wenn sich die Menschen in ihrer Lebenswelt umschauen, werden die allermeisten -vielleicht überrascht- entdecken, dass sie schon jetzt ein erhebliches Maß an Arbeit oder an Tätigkeiten mit einem Arbeitscharakter außerhalb des Beschäftigungssystems verrichten: Familienarbeit, Erziehungsarbeit, Beziehungsarbeit, Pflegearbeit, Eigenarbeit, ehrenamtliches Engagement (U.Beck, E.Beck-Gernsheim). Nur tun sie vieles unter Zeitnot, verbunden mit sozialen Konflikten, sozusagen nebenher und flüchtig. Und Manches, was erwünscht oder sinnvoll wäre, kann unter heutigen Verhältnissen einfach nicht stattfinden.

Die industriell geprägte Arbeitsgesellschaft, die ihre mindestens impliziten Freiheits-, Wohlstands, Sicherheits- und Statusversprechen immer weniger tatsächlich einzulösen vermag, müsste daher zur Tätigkeitsgesellschaft umgebaut werden. Es wäre einer künftigen sozialen Demokratie durchaus angemessen, Bürger nicht nur als Arbeitnehmer im traditionellen Sinn und als Konsumenten sozial anzuerkennen und mit einem achtbaren Sozialstatus auszustatten, sondern prinzipiell als Menschen mit Menschenrechten willkommen zu heißen und lebenslang zu respektieren. Das wäre ein neuer Schub in der modernen Freiheitsgeschichte: Menschenrechte als Statusgrundlage.

Es ist wohl überdies illusionär und vielleicht nicht einmal wünschenswert, sämtliche bislang unbezahlten Dienstleistungen bezahlbar zu machen oder wenigstens steuerlich voll zu berücksichtigen, nur um das schrumpfende Arbeitsvolumen im Sinne der wachstumsverhafteten Arbeitsgesellschaft kompensieren zu können. In einer Tätigkeitsgesellschaft wird also sozialer Sinn nicht mehr allein vom Arbeitsmarkt abhängen und sich davon relativ entkoppeln. Die dann wohl häufiger auftretende Halbtags- oder Teilzeitarbeit wird zwar zur Abnahme von Erwerbseinkommen führen. Die Realeinkommen, der Wohlstand und die Lebensqualität müssten -bei entsprechender politischer Gestaltung- dennoch nicht gravierend sinken. Die geringere Steuer- und Abgabenbelastung führt zu einer ganz anderen Situation wie heute. Eine armutsfeste Grundsicherung für Kinder und alte Menschen und langfristig ein bedingungsloses oder garantiertes Grundeinkommen (Lessenich: „Grundeinkommen“) könnten der sozialen Demokratie in Europa neuen Glanz verleihen und die Beziehungen zwischen den Generationen und Geschlechtern deutlich voranbringen. Es ist auch völlig absurd zu befürchten, dass damit das moderne Arbeitsethos plötzlich verschwinde und allgemeine Faulheit um sich greife. Ist diese Vermutung mehr als Panik eines Stammtischpublikums? Eine kulturell in ca. 500 Jahren (Max Weber, H. Arendt) Jahren antrainierte, intrinsisch sozialisierte Arbeitshaltung kann nicht ohne Weiteres bei der überwiegenden Bevölkerungsmehrheit verschwinden oder sich einfach wenigstens dauerhaft merklich abschwächen? Überdies kann heute anthropologisch (Wilkinson/Pickett) immer weniger bezweifelt werden, dass Aktivität und Kooperation gegenüber Passivität und Wettbewerb beim Menschen prinzipiell Vorrang haben. Das will natürlich eine liberale Ideologie immer noch nicht zur Kenntnis nehmen.

An gesellschaftlichen Experimenten für die Entstehung einer solchen Gesellschaft mangelt es in der Zivilgesellschaft schon heute nicht. Auch einige sozialdemokratische Querdenker haben Spuren gelegt und bieten Hinweise auf den fälligen Richtungswechsel: etwa E. Eppler, H. Scheer, J. Strasser, M. Müller, U.v. Weizsäcker u.a. Gegenwärtig könnte schon die Energiewende als Grundlage zu einem ersten Erneuerungsschritt, einem „Green New Deal“ genutzt werden. Dabei sind dann Neuerungen technologischer, organisatorischer und produkttechnischer Art gefragt, vor allem auch Strategien der Entkopplung von Energie- und Produkteffizienz. Vorübergehend könnten so auch neue Arbeitsplätze geschaffen und neue Formen der Arbeitsteilung und Lebensweisen erprobt werden. Doch dürfte man dabei nicht stehenbleiben. Längerfristig ist ein „Abschied vom Überfluss“ und ein „Wohlstand ohne Wachstum“ unausweichlich. Wir müssen abspecken, damit bei uns und weltweit alle besser leben können. Das wäre auch ein entscheidender Schritt zur Bändigung der Globalisierung durch eine strukturelle Veränderung des Verhältnisses von lokal-regionaler und globaler Produktionsstruktur mit weit stärkeren Anteilen genossenschaftlicher Koordination, regionalen Tauschmärkten und staatlich unterstützter Eigenarbeit, Selbstversorgung, „sharing“ und Reparatur oder Recycling, stärkerer Förderung und Ansiedlung lokaler Handwerksbetriebe und Einzelhandelsgeschäfte, mehr sozialer Gleichheit, größerer Mitbestimmung, Zeitwohlstand und Öffentlichen Gütern (Gemeingütern).

DESOLIDARISIERUNG STOPPEN! MUT MACHEN!

Stellen wir uns also den expliziten Fragen und den scheinbar fraglosen oder ratlosen Gesten oder impliziten An-Fragen und thematischen Stichworten, die Zeitgenossen heute umtreiben, und die ihnen das Gefühl geben, dass auch wir sie ausklammern: Wie stoppt man die Umwelt -und Finanzkrise? Wie kann auch Politik mithelfen, dass sich Hoffnung und Vertrauen auf ein sinnvolles Leben und Arbeiten nicht weiter verflüchtigen? Wie werden „Resilienzpotenziale „ (Widerstand) ermutigt? Wie knüpfen wir an das Gerechtigkeitsempfinden an? Wie werden soziale Bindungen gestärkt? Wie wird Entsolidarisierung, die sich sehr unterschiedlich zeigt, gestoppt? Wie kann angesichts plötzlicher Kriege, des sich ausbreitenden Terrors und schleichender Gewalt, Umweltkatastrophen unbekanntes Ausmaßes, neuer Epidemien wie Ebola, Aids etc. so etwas wie eine sozial gerechte „Weltinnenpolitik“ entwickelt werden? Wie sollen wir mit Flüchtlingen umgehen? Solche u.ä. Fragen darüber, wie wir in Zukunft leben können und wollen, führen zwanglos zu politischen Weichenstellungen, die denen gleichen, die anstehen. Sie fallen letztlich nie in privaten Hinterzimmern. Doch auch wenn meist Regierungen die fälligen Entscheidungen treffen, wären sie gut beraten, so viel Menschen wie möglich einzubeziehen. Und sie können dies auch nicht zu einem beliebigen Zeitpunkt tun und Antworten beliebig hinausschieben.

Gerade für eine sozial-ökologische Erneuerung muss der rechte Zeitpunkt (Kairos) gefunden werden, der nicht geplant, sondern nur ergriffen oder verschlafen werden kann. Die gesellschaftliche Destabilisierung und Krisenvermehrung wie die notwendige Revitalisierung der Sozialdemokratie nach ihrem quantitativen und qualitativen Relevanzverlust in Deutschland und ganz Europa bilden eine notwendige, wenngleich nicht hinreichende Veranlassung, für die Zukunftsfähigkeit der sozialdemokratischen Parteien entschiedene Kurskorrekturen vorzunehmen. Selbstverständlich verlangt das auch eine Demokratisierung der EU-Institutionen und neue, intensiviertere kritische Kooperation und Bündnisse mit NGOs und gesellschaftlichen Organisationen zum Aufbau einer solidarischen Welt. Das käme vermutlich auch einer Aufwertung der UNO entgegen. Die „Verlässlichkeit“ kurzatmiger Politik mag gegenwärtig und eine gewisse Zeit vom Wähler honoriert werden, führt aber immer neu in Sackgassen und in die Wachstumsfalle. Vieles deutet daraufhin, dass sie längerfristig Politikverdrossenheit enorm begünstigt.

Skepsis gegenüber einer neuen Politik der Suffizienz ist erwartbar und in bestimmtem Umfang sogar durchaus verständlich. Kann in unserer Welt überhaupt noch eine visionäre Politik betrieben werden? Kann man nicht schon froh sein, pragmatische „Stückwerkstechnologie“ (Popper) betreiben zu können? Muss man sich „realistisch“ auf das Durchwursteln von Situation zu Situation beschränken?

Wer so argumentiert, hat dafür zwar manche Gründe, aber die Hoffnung auf eine sozial-ökologische Erneuerung im Grunde bereits aufgegeben. Er verzichtet resigniert oder zynisch auf eine zukunftsfähige Sicht, die neue Hoffnung erwecken könnte. Eigentlich betrachtet er als Schicksal, was trotz aller Komplexität menschliches „Machwerk“ darstellt. Er übersieht auch die Diskrepanzen von Wirtschaftslogik und Wirtschaftsdynamik und die daraus erwachsenden kreativen politischen Innovationen. An der Zeit und weit plausibler ist eine fundierte, wachstumskritische, neue Politik, die Schwerfälligkeiten, Widerstände von interessierter Seite und Selbstblockaden nicht nur mit „grünem Kapitalismus“ zu überwinden sucht. Es käme vielmehr darauf an, sich auf nationaler, europäischer und globaler Ebene zu einer konsequenten, auch systemtransformierenden Reformpolitik des langen Atems zu entschließen. Bei aller von einer Reformpartei, die diesen Namen verdient, verständlichen Geduld und bei aller Bereitschaft zu Kompromissen und Zwischenschritten darf künftig niemals aus dem Auge verloren werden, dass längerfristig die Wachstumsfalle zu überwinden ist. Wenn wir eine Zukunftsrelevanz der Sozialdemokratie wirklich wollen, dann dürfen wir nicht mehr allzu lange zögern.

RAUS AUS DER WACHSTUMSFALLE! „MENSCHENWÜRDE“ IST KEINE LEERFORMEL, GABE UND AUFGABE.

Die Wachstumsfalle besteht letztlich darin, dass man sich mit immer neuen Wachstumsspiralen in immer größere Risiken statt Lebenschancen konkreter Menschen hineinräumt und die Kluft zwischen Wohlstandsverheißungen und realen Lebenserfahrungen verweigerter sozialer Anerkennung, sozialer Sicherheit, zunehmender Perspektivlosigkeit und gesellschaftlich bedingter Entfremdung, Depression und mangelhaftem Lebenssinn einer immer größeren Zahl von Verunsicherten, „Überflüssigen“, Enttäuschten, am Gemeinwohl Desinteressierten mehr oder minder apathisch oder gar zynisch in Kauf nimmt. Wie sollte das für eine Reformpartei jemals Glaubwürdigkeit und dauerhafteres Vertrauen erzeugen? Und diese Wachstumsfalle bildet inzwischen ein Mega-Risiko für die politische Legitimation der europäischen Demokratien wie die individuelle Biographie, die immer in historische und zeitgenössische soziale Kontexte eingebettet ist. Bislang scheint die Sozialdemokratie aber ihre Mega-Chance zu verschlafen, Meinungsführer und Bündnisprotagonist einer umfassenden sozial-ökologischen Erneuerung zu werden. Diese ist aber mit einer lauen „Reformwilligkeit zum Umbau“ nicht zu realisieren.

Natürlich ist es ungewöhnlich, dass Politik sich reflexiv ihrer eigenen soziokulturellen Voraussetzungen widmen muss. Das ist dann aber nicht unbedingt ein gefährlicher, „totalitärer“ Übergriff, sondern in einer extrem pluralisierten „Multioptionsgesellschaft“ eine Grundbedingung dafür, dass Sozialdemokraten in Europa wieder nachhaltig Gehör finden, aber auch selbst ihre politische Berufung für's 21. Jahrhundert begreifen. Als gleichsam historische Zukunftsaufgabe geht es darum, der demokratischen Politik und den Menschenrechten einen eindeutigen Primat zu sichern.

Menschen sollten künftig nicht nur als leistungsfähige Erwerbstätige, sondern schon als Menschen in ihrem gesellschaftlichen Engagement und vor allem ihrer „geheimnisvollen“ Würde lebenslang soziale und politische Anerkennung finden. In „struktureller Rücksichtslosigkeit“ (Kaufmann) werden bislang allerdings Bemühungen, demokratische Grundrechte zu einer freundlichen Partnerschaft und Arbeitsteilung zwischen Frauen und Männern und zwischen den Generationen gedeihen zu lassen, wesentlich erschwert oder sogar verhindert. Diese strukturelle Rücksichtslosigkeit wird so lange weiter bestehen, solange der soziale Status fest mit dem Arbeitsverhältnis verschweißt bleibt. Erst wenn diese konstitutive Beziehung prinzipiell gelockert würde, gäbe es in der postindustriellen Spätmoderne eine reale Chance zu einer besseren Alternative, der Tätigkeitsgesellschaft auf der Basis einer Postwachstumswirtschaft. In ihrem Sinnhorizont lassen sich dann durch zahlreiche sinnvolle Einzelziele, Aufgaben, Einzelprojekte dann auch ein neues positives Verständnis von Freiheit gewinnen. Da unsere europäischen Gesellschaften alle mehr oder minder reich sind, dieser Reichtum nur eben gerechter verteilt und Zeitwohlstand gefördert werden müsste, bestünde heute durchaus eine günstige Gelegenheit, ein Zeitfenster, im kooperativen Geist des ur-sozialistischen Prinzips (H.J. Vogel) „wechselseitiger Förderung“, nicht in einer Logik der Steigerung, sondern der des „Genug“ (Suffizienz), von einer industriell

geprägten zu einer postindustriellen Tätigkeitsgesellschaft mit einem Wohlstand ohne Wachstum überzugehen.

DIE SOZIALE DEMOKRATIE IST MEHR ALS EINE RESTAURIERTE, UNIVERSALISIERTE „SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT“!

Eine zukunftstaugliche soziale Demokratie ist mehr als eine restaurierte „Soziale Marktwirtschaft“ des früheren „Rheinischen Kapitalismus“ in Europa, weil sie entschlossen die bislang ausgeklammerten Ungleichheitsrelationen, auch deren nationalstaatliche Bindung und die Ausklammerung der Ökologie problematisieren und die relevante Verursacherverantwortung so gut wie möglich kontrollieren will. Sie ist allerdings kein fix und fertiges Idealmodell, sondern ein Entwicklungspfad eines dauernden politischen Kampfes um Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, wie er eigentlich für die Sozialdemokratie nicht ganz neu ist. Wir Sozialdemokraten müssen aber über eine neue Art des Verhältnisses von Wirtschaft, Gesellschaft, Staat, unsere Lebensgrundlagen und die moderne Autonomie des Subjekts gründlicher nachdenken und uns neu darüber verständigen. Davon wird wohl das künftige Lebensschicksal und die Lebensqualität gerade der Arbeitnehmer und der sozial Bedürftigen in Europa entscheidend abhängen.

Der Weg zur zukunftsfähigen sozialen Demokratie wird vermutlich auch nicht ohne „Räumungsarbeiten“ z.B. bei Hartz IV und einem gewissen „sozialpolitischen Wiederaufbau“ (F. Hengsbach) von statten gehen. Ganz unstrittig dürfte jedoch sein, dass eine soziale Demokratie in viel stärkerem Umfang auch Öffentliche Güter ausbauen muss. Keineswegs ist es aber zwingend, dass dafür stets ein hohes Wirtschaftswachstum, ein hoher Beschäftigungsgrad (im Sinn der industriegesellschaftliche Arbeitsgesellschaft, eine ständige Steigerung der Arbeitsproduktivität und Abhängigkeit vom Weltmarkt nötig ist. Der dänische Politikwissenschaftler und Soziologe G. Esping-Andersen unterzog die europäischen Sozialstaaten einem Vergleich und unterteilte sie in liberale, konservativ-korporatistische und sozialdemokratisch-universalistische. Wenn auch die sozialdemokratischen Sozialpolitikkonzepte bislang viel zu unkritisch der Wachstumslogik verpflichtet waren, so war diese Abhängigkeit eher historisch-kontingent und nicht wirklich systematisch zwingend. „Soziale Marktwirtschaft“ schöpft nämlich keineswegs das sozialdemokratische Sozialstaatsmodell voll aus, das schon bisher -nach Esping-Andersen- am besten Armut bekämpft hat. Es geht vielmehr um eine qualitative Revision sozial-ökologisch und friedenspolitisch zu verantwortender Wohlstandsziele, „Instrumente“ und Wege der sozialdemokratischen Politik, die sich schwerpunktmäßig auf die Entfaltung der Menschenrechte besinnt. Angenommen die sozialdemokratischen Parteien würden diese sozial-ökologische Erneuerung mit Menschenrechtsgarantie verpassen, würden sie ohne Zweifel ihr strategisches Ziel der „erweiterten Solidarität“ und optimalen „Ent-Marktlichung“ („De-Kommodifizierung“) einer unbegrenzten marktkonformen Ökonomisierung aller Lebensbereiche aus purem Kleinmut verraten. Eigentlich gibt es kaum Gründe -gerade im Interesse der Arbeitnehmer wie der sozial Bedürftigen- sich dieser politischen Neuausrichtung auf eine sozial-ökologische Nachhaltigkeit zu verweigern. Tatsächliche Vollbeschäftigung gab und wird es ohnedies immer nur kurz geben. Und Vollbeschäftigung und „soziale Marktwirtschaft“ könnten u.U. auch ein mafiös-antidemokratisches Unrechtsregime bieten, das die strukturelle Rücksichtslosigkeit gegen unsere Lebensgrundlagen auf die Spitze triebe. Daher müssen Sozialdemokraten mit größter Entschlossenheit auf der sozialen Demokratie als Leitidee bestehen.

EINE REIN PRAGMATISCHE POLITIK ERZEUGT NIEMALS HOFFNUNG UND INNERE IDENTIFIKATION

Politik, die sich häufig wie die Verwaltung des Gegebenen gebärdet, erzeugt auf Dauer nicht nur Stillstand, Langeweile, Desinteresse, sondern auch in wachsendem Maße „innere Kündigung“ und vielleicht die Begünstigung von Korruption und mafiösen Strukturen, wie sie sich heute schon in den sog. „unregierbaren Staaten“ z.B. in Afrika, ausbreiten. Neues Interesse dürfte kaum oder nur kurzzeitig durch muntere Kampagnen, „Events“ und raffiniertes Wahlmarketing der Parteileitung zu wecken sein.

Ohne das immer adäquat ausdrücken zu können, spüren viele Menschen, ob eine Partei mit den wirklich bedeutenden „Weltproblemen“ ringt, die wesentlichen Lebensprobleme ernst nimmt, sich auch mutig zum richtigen Zeitpunkt mit Leidenschaft zu einem Richtungswechsel zu entschließen vermag - oder mit Nebensächlichem herumspielt. Gerade die Sozialdemokratie könnte dabei mithelfen, dass die EU ein substanzial sozial-ökologisches Sozialmodell der reinen Wettbewerbsordnung hinzufügt. Den heutigen Arbeitnehmern könnte damit eine neue Identitätsfolie angeboten werden, neues Zukunftsvertrauen bzw. zukunftsfähige Chancen- und Gelegenheitsstrukturen (ohne „strukturelle Rücksichtslosigkeit“) gefördert statt erschwert werden. Zukunftsbezogene Orientierungen und Verhaltensmuster „wechselseitiger Förderung“ kämen in's Spiel, könnten eingeübt werden. So könnten auf Dauer Sozialdemokraten den Menschen, die sich von ihnen entfremdet haben, wieder näher kommen. Der zukünftige Kampf der Sozialdemokratie um soziale Gerechtigkeit und „erweiterte Solidarität“ täte gut daran, die postdemokratischen Tendenzen und die nie endlos überdehnbaren „Grenzen des Wachstums“ sowie die Erstarrung sozialer Mobilität auf eine hoffnungslose Bewegung zwischen Lebenslagen auf der wackligen Basis prekärer Jobs, sozial geförderter Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit zu durchbrechen und in einer couragierten Reformpolitik zu überwinden.

Eine soziale Demokratie wäre natürlich auch dann kein Paradies ohne Gewinner und Verlierer, würde dann aber jeder Frau, jedem Mann und jedem Kind im Zusammenspiel der parlamentarischen und der vorparlamentarisch- zivilgesellschaftlichen Demokratie eine zweite, dritte etc. Chance lebenslang offen halten und neue Demokratisierungsschübe freisetzen. Zugleich würde damit eine durchaus realistische, keineswegs „überhitzte“ Repolitisierung scheinbar Unpolitischer begünstigt, die sich immer wieder an der erfahrenen Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit, Programm und Programmpraxis, Ich- und Wir-Perspektive, zwischen heutigen und zukünftigen Relevanzen reibt und rekonstruiert.

Erweiterte Solidarität verlangt auch eine unpräntösen Neudefinition von Teilen und Verteilen von Reichtum, Eigentumsnutzung, Lern- und Bildungs-, sowie gesellschaftlichen Lebenschancen, sozialen Rechten, aber auch Pflichten und Risiken. Die SPD könnte dann auch Vorreiter eines weltweiten, aber sozial differenzierten „global marshall-plan“ und gleichzeitig einer klugen Dezentralisierung im europäischen Raum werden. Die Unterstellung, das müsse zu einer dummen Neiddebatte, einer Politik der bloßen „Verteilung des Mangels“ und zu einer vormodernen „Steinzeitwirtschaft“ führen, macht es sich hier entschieden zu einfach, denn es gibt hier schon viele erfolgreiche Experimente und Projekte einer gemeinwohlorientierten Nonprofit-Ökonomie und solidarisch praktizierten Suffizienz- und Kooperationsstrategie (Genossenschaften, Commons, etc.) mit zahlreichen Kombinations- und Übergangsmöglichkeiten zwischen global-industrieller und regionalisierter, nichtindustrieller, profit- und nonprofit orientierter Produktion und gemeinschaftlicher Nutzung von Gütern und Eigentum, die man weitsichtig unterstützen, in einer Politik der sozialen Demokratie bündeln und einem „Wohlstand ohne Wachstum“ politisch zuführen und optimieren könnte. Teilen und Verteilen könnten dann alle vor der Angst bewahren, jemals in's Bodenlose zu fallen.

VORAUSSETZUNGEN DES“ FUNKTIONIERENS“ DEMOKRATISCHER INSTITUTIONEN: SINNVOLL LEBEN KÖNNEN

Statt ideenlos und weiterhin nur stereotyp zu fragen, was „funktioniert“, was hält Systeme oder den Markt am Laufen oder erhält ein wenig auch die funktionale Lernfähigkeit aufrecht, rät uns der verstorbene amerikanische Historiker und Sozialdemokrat T. Judt zu „kühnen“ Fragen der verschiedenen Perspektiven und Zugangsweisen zu einer das Individuum schützenden und fördernden „Gemeinschaft der Gemeinschaften“ (Rosa, Ch. Taylor) einer künftigen sozialen und zugleich ökologiesensitiven Demokratie: Die Frage ist dann nicht nur: Können wir uns auf universelle Regeln und Normen einigen, sondern: können wir bei ihrer Anwendung uns „wechselseitig fördern“ und einander gerecht werden? Was erwartet und bietet jeder politische Akteur an? Was sollte er bieten? Was könnte er beitragen? Was wäre dann im Spielraum von Gegebenheiten und unbegangenen Möglichkeiten oder Alternativen

„gemeinwohlorientiert“, „sozial gerecht“, „erweiterter Solidarität“ dienlich, „sinnvoll“, freiheitsverbürgend?

Berücksichtigt man immer nur die gegenwärtigen funktionalen „Verwaltungsgesichtspunkte“, so schwindet das Vertrauen, die Zukunftszuversicht, die funktionale Systeme immer schon voraussetzen. Die demokratische Lebensqualität und vor allem die Lebendigkeit des Lebens versinkt leicht in staubtrockener, demotivierender „Normalität“ vielleicht sogar in Angst. Eine bloß auf Normalisierung bedachte Politik, die natürlich keineswegs zu verachten ist, würde sinnerschließende Orientierungsfragen übergehen. Biographische Bedeutungszusammenhänge, sinnvolle Zeitrhythmen, Lebensgestaltung, die Alltagswelt und das Außeralltägliche, besonders aber die ersehnte und geheimnisvolle menschliche Würde blieben dann aber auf der Strecke. Leid, Not, Erniedrigung, aber auch das Glück konkreter Menschen hinter Durchschnitts- und Normalwerten würden unsichtbar. Die Menschen hätten das Gefühl, das „Getue“ der Politiker spiele sich ganz weit weg von ihnen ab oder sei nur Medienshow. Dabei ist natürlich für Sozialdemokraten in diesem Zusammenhang völlig unstrittig, dass auch künftig die Rolle des demokratischen, vor- und nachsorgenden Sozialstaates nicht von neokonservativ-neoliberaler Seite kleingeredet und „verschlankt“ werden darf: „Würden wir Erniedrigung als sozialen Kostenfaktor berücksichtigen, wäre die institutionalisierte Hilfe durch den Staat der effizientere Weg.“ (Judt)

Natürlich müssen die SPD oder andere sozialdemokratische Parteien glaubwürdige und zugleich medial vermittelbare Personen präsentieren, Themen vorstellen, in Kampagnen auf sich aufmerksam machen, ihre Parteiorganisationen effizienter gestalten, sich intern hinreichend verständigen. Doch ganz offensichtlich genügt das nicht. Wahrscheinlich ist es nicht einmal entscheidend, um neu zu überzeugen. Wir stoßen hier auf fundamentalere Voraussetzungen, die im strengen Sinn weder mach-noch organisierbar sind. Wie findet eine Partei Menschen, die sich von ihr überzeugen lassen und finden, dass sie gebraucht wird, an der Zeit ist, den „Nerv der Zeit“ trifft und ihr „guten Gewissens“ die Zukunft anvertraut werden kann? Sinnperspektiven und ein Sinn erschließender, keineswegs nur rationaler „Resonanzraum“ (Rosa) menschlichen Sehens, Urteilens, Handelns, menschlicher Würde, Vertrauens, der inneren Zustimmung zur demokratischen Verfassung, der zwischenmenschlichen Empathie und offener Dialogfähigkeit, der gefühlten Gerechtigkeit und wahrnehmbaren „wertkonservativen“ Sinnhaftigkeit vor aller prozeduralen Verständigung und formalen oder technischen Anerkennung sozialer Rechte werden gemeinhin unterschätzt. Nur sie schaffen so etwas wie politische Heimat in einer modernen pluralistischen Demokratie. Und die suchen auch potenzielle sozialdemokratische Wähler oder Mitglieder. Seltsamerweise wundert man sich ja vielfach über einen (scheinbaren) „Werteverlust“ und eine offensichtlich nichtfunktionierende „Wertegemeinschaft“ oder einen „Wertkonsens“, der dauernd fraglicher wird oder sogar einer „Globalisierung der Gleichgültigkeit“ weicht. Eine sich erneuernde Sozialdemokratie kann und muss mehr zuhören, tatsächliche Fragen aufgreifen, selbst wenn die zunächst verworren klingen, gerade, denen, die „im Schatten“ leben (B. Brecht), nahe kommen. Sie darf dabei ohne Arroganz Orientierung anbieten, eine Orientierung, die sich ständig der Last der Vergangenheit und Gegenwart bewusst bleibt und dennoch offen für die Zukunft ist. Die „Grenzen des Wachstums“ wie die Endlichkeit aller wissenschaftlich-technischen Machbarkeit und die Armutsvermeidung müssen dabei Eckpunkte sein.

Die bisher dumpf hingenommene „strukturelle Rücksichtslosigkeit“ einer globalisierten Wachstumsdynamik der Marktwirtschaft zerstört Lebensinn und spricht der geläufigen Werterhetorik Hohn. Welchen Sinn sollte es denn schon haben, immer wieder zwischen Allmachts- und Ohnmachtsphantasien, zwischen Verlässlichkeit und Hoffnung hin und her zu taumeln? Spielball der Umstände sein? Welchen Sinn sollte es schon haben, dass immer mehr soziale Ungleichheit, prekäre Arbeit und Naturzerstörung einfach hingenommen wird? Welchen Sinn sollte es schon haben, vor immer mehr Optionen und Informationen Ohnmacht und Ratlosigkeit zu kultivieren oder ungeprüfte Schlagworte nachzuplappern? Welchen Sinn sollte es schon haben, immer mehr zu kaufen, was man eigentlich gar nicht braucht und nicht zu bekommen, was man eigentlich dringend braucht?

Das paradiesische „Reich der Freiheit“ kann, darf und sollte sozialdemokratische Politik nie verheißen. Sie darf sich in ihrer Reichweite und Legitimation nicht überschätzen. Niemals kann sie umfassend ein gelingendes Leben gewährleisten. Sie würde sich übernehmen, wenn sie das ganze Leben regulieren wollte. Ersetzen kann sie weder Religion noch ethische Bildung. Aber sie könnte sehr wohl sinnbegründende Spielräume der Freiheit und des sinnvollen, „guten Lebens“ (nicht nur) für (potenzielle) Verlierer einräumen und vorgeben. Sie ginge damit über das bekannte Gerechtigkeitskonzept von J.Rawls hinaus und käme einer christlichen „vorrangigen Option für die Armen“ und der eigenen Sicht jeweils Betroffener recht nahe, könnte feinfühlig auch „Stimme der Stummen“ werden und das, was gegenwärtig fehlt, ans Licht bringen (Habermas).Nichts anderes können und wollen politische Zukunftsvisionen leisten.

Institutionen, die nicht nur funktionieren oder in einem technischen Sinn lernfähig bleiben, und eine lebendige Zivilgesellschaft brauchen sich auf Dauer beide wechselseitig, wenn eine soziale Demokratie und „erweiterte Solidarität“ in Europa entstehen und nachhaltig bestehen bleiben soll. Auch hier wäre „wechselseitige Förderung“ angemessen. Es geht ja beiden um eine Zählung der Globalisierung durch eine neue politische Gestaltung der Lebenswirklichkeit zwischen globalen und lokalen Beziehungen und Übergängen auf der Grundlage einer sozial-ökologischen“ Ökonomie des Vermeidens“, des „Ankommens“ in einem Wohlstand ohne Wachstum, des „Genug“, das kein verstecktes „Nie genug“ ist.

Die Sozialdemokratie hat also, genau besehen, durchaus noch eine spannende Zukunft vor sich, wenn sie sich endlich zum Richtungswechsel entschlossen zeigt. Die Menschen in Europa bräuchten sie dringend als kompetente Partei sozialer Gerechtigkeit, des Friedens, der Bewahrung der Schöpfung; dringender denn je. Sie sollte das „Soziale“ nicht der Partei „Die Linke“, das „Ökologische“ nicht den „Grünen“ und den Frieden beiden überlassen. Sie wäre eigentlich als Pionierin berufen, problemintegrativ und koordinierend sowie in intelligenten Bündnissen, nicht zuletzt einem innergesellschaftlichen Bündnis der Starken und Schwachen, einer sozial-ökologischen Demokratie den Weg zu bahnen. Der AK Christinnen und Christen könnte einen beachtlichen Beitrag dazu beisteuern.